LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

I/32/323.01 Wolfenbüttel, den 16. Mai 2023

P r o t o k o l l

über die 7. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung u. Gesundheit

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Donnerstag, 11.05.2023
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	17:14 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Brücher, Bertold		Bündnis 90/Die Grünen

Ordentliche Mitglieder

Emmerich, Peter		CDU
Ganzauer, Oliver		SPD
Graf, Frank		SPD
Hauptstein, Siegfried		SPD
Kamphenkel, Marcel	(online teilgenommen)	SPD
Kanter, Heike		CDU
Keye, Bernfried		SPD
Müller, Karl - Heinz		CDU

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Försterling, Björn	FDP
Pastewsky, Jürgen	AFD

Beratende Mitglieder

Beims, André
Denecke, Frank
Graf, Florian
Marowsky-Brée, Carsten
Sievers, Rolf

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

Von der Verwaltung

Beddig, Heiko	Erster Kreisrat
Klooth, Kathrin	Leitung Dezernat III
Lehmann, Rüdiger	Leitung Amt 32
Glaeske, Olaf	Leitung Abteilung 323
Heintzen, Tanja	Leitung Abteilung 321

Protokollführer
Brennecke, Daniel

Es fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Oesterhelweg, Frank	CDU
Pröttel, Leonhard	Bündnis 90/Die Grünen

Beratende Mitglieder
Wollschläger, Pascal

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 6. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)

5.1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)

5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

6. Änderung der Satzung des Landkreises Wolfenbüttel über Aufwandsentschädigungen, Auslagenersatz, Verdienstausfall und Reisekosten
   Vorlage: XIX-0291/2023
7. Besichtigung der Integrierten Regionalleitstelle Braunschweig/Peine/Wolfenbüttel
   Vorlage: XIX-0294/2023
8. Aufnahme von Vertriebenen aus der Ukraine - Mündlicher Bericht
9. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
10. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Brücher eröffnet die 7. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit um 16:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Vorsitzender Brücher stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Vorsitzender Brücher stellt die Tagesordnung fest.

Änderungen liegen nicht vor.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 6. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit (§§ 23, 5d GO)

Vorsitzender Brücher stellt das Protokoll über die 6. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit zur Aussprache.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 6. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit vom 02.03.2023 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 5.1 auf und stellt fest, dass keine Anfragen vorliegen.

Vorsitzender Brücher schließt daraufhin den Tagesordnungspunkt.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

KAbg. Ganzauer teilt mit, dass er eine Anfrage bezüglich eines geplanten Kunststoff-Zwischenlagers auf dem Gelände des Entsorgungs- und Verwertungszentrums (EVZ) in Bornum an die Verwaltung gerichtet hat.

Herr Beddig berichtet, dass sich das Vorhaben derzeit noch in der Planungsphase befinde und somit noch keine finale Entscheidung vorläge. Die schriftliche Beantwortung erfolgt über das Protokoll.

Protokollnotiz:
Die schriftliche Beantwortung der Anfrage ist dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt.

KAbg. Graf stellt eine Anfrage zur Verwaltungssoftware FeuerwehrOnline Niedersachsen (FeuerON). Er fragt, warum die Nutzung der Software verbindlich für die Anmeldung zu Lehrgängen sei. Nicht alle Feuerwehren seien entsprechend ausgestattet, um die Software nutzen zu können. Es gäbe zwar einen Zuschuss zur Anschaffung der notwendigen Ausstattung, dieser reiche jedoch nicht aus.

Herr Beddig teilt mit, dass der Kreistag sowohl Zuschüsse für die Anbindung der Feuerwehrgerätehäuser als auch für die Anschaffung von Hardware gezahlt hat.

Herr Glaeske ergänzt, dass die Nutzung der Verwaltungssoftware FeuerOn weder seitens des Landes, noch seitens des Landkreises Wolfenbüttel verbindlich sei. Eine verpflichtende Nutzung könne nur vom Träger der jeweiligen Feuerwehr, der Gemeinde oder Samtgemeinde, vorgegeben werden. Die Nutzung der Software sei keine Voraussetzung für die Lehrgangsanmeldung. Die Anmeldung über die Software sorge jedoch für eine Verringerung des Verwaltungsaufwands für die ehrenamtlichen Lehrgangsleiter sowie den Kreisausbildungsleiter.

Herr Lehmann berichtet über eine Anfrage des KAbg. Sabisch bezüglich der Einstellung des flexo-Rufbusses in der Samtgemeinde Baddeckenstedt. Diese wurde im Ausschuss für Soziales, Inklusion, Vielfalt und Arbeit gestellt. Die Zuständigkeit liegt jedoch beim Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit.

Protokollnotiz:
Die Anfrage inklusive der schriftlichen Beantwortung ist dem Protokoll als Anlage 2 beigefügt.

KAbg. Müller bedankt sich für die Klärung des Vorfalls bei einem Rettungsdiensteinsatz in Roklum am 02.03.2023 (s. Top 5.2 des Protokolls über die 6. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit vom 02.03.2023). Die Ursache für die Verwechslung des Einsatzortes wurde recherchiert und die betroffene Person hat ein Entschuldigungsschreiben des Landkreises erhalten.

TOP 6 Änderung der Satzung des Landkreises Wolfenbüttel über Aufwandsentschädigungen, Auslagenersatz, Verdienstausfall und Reisekosten Vorlage: XIX-0291/2023

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 6 auf.

Herr Beddig erläutert die Vorlage.

KAbg. Müller bedankt sich für die Ausarbeitung und fragt, wie die Erhöhungen der Aufwandsentschädigungen für die einzelnen Tätigkeiten zustande kommen.

Herr Glaeske erläutert, dass die bisherigen Beträge bei der Überarbeitung überwiegend außer Acht gelassen wurden. Vielmehr wurde der Aufwand der einzelnen Funktionsträger zueinander betrachtet. Dies führe zu den unterschiedlichen Erhöhungen.

Vorsitzender Brücher bekräftigt die Angemessenheit der Erhöhungen.

KAbg. Ganzauer bedankt sich ebenfalls für die Ausarbeitung und ergänzt, dass die vorgenommene Betrachtung des Aufwands der einzelnen Funktionsträger Hintergrund für den Antrag der SPD-Fraktion war.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

> Die Änderung der §§ 6-8 der Satzung des Landkreises Wolfenbüttel über Aufwandsentschädigung, Auslagenersatz, Verdienstausfall und Reisekosten, wie sie sich aus der Anlage 3 zur Vorlage XIX-0291/2023 ergibt, wird mit Wirkung zum 1. Juli 2023 beschlossen.

TOP 7 Besichtigung der Integrierten Regionalleitstelle Braunschweig/Peine/Wolfenbüttel Vorlage: XIX-0294/2023

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 7 auf und erläutert die Vorlage.

Bei der anschließenden Terminfindung wird sich mehrheitlich auf den 06.07.2023 geeinigt.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit besichtigt gemeinsam mit interessierten Kreistagsabgeordneten am 06.07.2023 die Integrierte Regionalleitstelle (IRLS) Braunschweig/Peine/Wolfenbüttel.

2. Der Kreisausschuss genehmigt die Dienstreise nach § 5 Abs. 2 der Aufwandsentschädigungssatzung.

TOP 8 Aufnahme von Vertriebenen aus der Ukraine - Mündlicher Bericht

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 8 auf.

Herr Lehmann berichtet anhand einer Präsentation über die aktuelle Lage bei der Aufnahme von Vertriebenen aus der Ukraine. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt.

Herr Beddig ergänzt, dass die bisherige Unterbringung der Geflüchteten nur durch das Engagement der Vermieterinnen und Vermieter im Landkreis Wolfenbüttel sowie die gute Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Gemeinden möglich war.

Er berichtet, dass ein gemeinsames Schreiben der Landrätin mit den Hauptverwaltungsbeamten an die Niedersächsische Ministerin für Inneres und Sport, Frau Daniela Behrens, gerichtet wurde. Inhalt dieses Schreibens waren neben dem fehlenden Wohnraum für weitere geflüchtete Personen und der weniger herrschenden Akzeptanz von sonstigen Asylbewerbern gegenüber Ukrainern bei der Anmietung von Wohnraum auch die Brisanz der Nutzung von Sporthallen und Dorfgemeinschaftshäusern für die Unterbringung sowie das Problem der Betreuung von geflüchteten Kindern in Kindertagesstätten und Schulen. Eine Antwort stehe bisher aus.

Kurzfristig konnte in einer Telefonkonferenz mit dem Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport am 05.05.2023 zunächst ein Aufschub der Zuweisungen für drei Wochen erreicht werden.

Ferner werde es in Absprache mit der Stadt Wolfenbüttel Gespräche mit der Wolfenbütteler Baugesellschaft mbH (WoBau) bezüglich der Schaffung von Wohnraum geben. Aufgrund des nicht vorhandenen Wohnraums in den Gemeinden und Samtgemeinden, gäbe es jedoch kurzfristig keine Alternative zur Erstunterbringung in den Sammelunterkünften. Neben Asylbewerbern aus verschiedenen Ländern würden dem Landkreis Wolfenbüttel auch immer mehr gesundheitlich Beeinträchtigte zugewiesen.

Über Neuigkeiten wird in den kommenden Sitzungen des Ausschusses für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit berichtet.

Landrätin Steinbrügge fügt hinzu, dass das an Frau Ministerin Behrens gerichtete Schreiben auch an den Deutschen Landkreistag, den Niedersächsischen Landkreistag sowie die Niedersächsische Staatskanzlei gerichtet wurde. Das vom Bund zur Verfügung gestellte Geld sei kurzfristig keine Hilfe. Angesichts der zunehmenden Migration müssen zudem langfristige Lösungen für die Unterbringung erarbeitet werden.

KAbg. Pastewsky teilt mit, dass der Landkreis Wolfenbüttel laut eines Schreibens Nds. Ministeriums für Inneres und Sport vom 08.05.2023 innerhalb der nächsten Monate 587 geflüchtete Personen zugewiesen bekommt und fragt, ob dieses Schreiben bekannt ist.

Herr Lehmann teilt mit, dass das genannte Schreiben nicht bekannt ist. Die genannte Zahl stamme aus den bisherigen Berechnungen. Da zwischenzeitlich schon Personen zugewiesen wurden, ergebe sich die genannte Restquote von 433 Personen (s. Folie 5 der Anlage 3).

KAbg. Müller merkt an, dass in der Samtgemeinde Elm-Asse keine freien Kindergartenplätze zur Verfügung stünden. Eine Betreuung von geflüchteten Kindern sei somit, auch angesichts des Personalmangels, nicht möglich.

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass dies bereits Thema im Niedersächsischen Landkreistag sei. Eine mögliche Lösung für den Personalmangel sei die Senkung der Standards und damit mehr Flexibilität. Die Betreuung von geflüchteten Kindern ließe sich nur mittels Improvisation bewerkstelligen.

KAbg. Ganzauer regt an, dass in Zusammenarbeit mit den Kommunen bereits ausgewiesene Bauflächen zum Bau von Mehrfamilienhäusern zur Entspannung der Wohnungsknappheit avisiert werden.

Landrätin Steinbrügge erläutert, dass es derzeit noch keine festen Überlegungen gibt. Hierfür soll die Expertise der WoBau genutzt werden. Es bestehe zusätzlich bereits ein Austausch mit den Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Gemeinden.

Kenntnisnahme:

Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit nimmt von dem mündlichen Bericht zur Aufnahme von Vertriebenen aus der Ukraine Kenntnis.

TOP 9 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 9 auf.

Herr Beddig berichtet, dass Gespräche mit der Gemeinde Cremlingen bezüglich der vertraglichen Festlegungen zum kombinierten Bau des Feuerwehrgerätehauses und der Rettungswache stattgefunden haben, in denen eine entsprechende Vereinbarung erarbeitet wurde. Diese umfasst neben der Finanzierung des Baus auch die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Immobilie. Da der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Cremlingen im Juni über die Vereinbarung entscheiden möchte, schlägt er vor, dass der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 19.06.2023, ohne vorherige Beratung im Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Gesundheit, über die Vereinbarung beschließt.

Vorsitzender Brücher stellt fest, dass es keine Einwendungen gibt.

TOP 10 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Vorsitzender Brücher ruft den Tagesordnungspunkt 10 auf und stellt fest, dass keine Fragen durch Einwohnerinnen und Einwohner vorliegen.

Vorsitzender Brücher bedankt sich für die Zusammenarbeit und schließt die Sitzung um 17:14 Uhr.

gez.
Vorsitzender Bertold Brücher

Erster Kreisrat Heiko Beddig

Protokollführer Daniel Brennecke

Anlagen: - 3 -